

Unterstützt Entwicklungshilfe eine "Status quo" - Politik?

Professor Dr. Karl Jettmar, Südasiens-Institut der Universität Heidelberg, Seminar für Ethnologie

1. Die in der Frage enthaltene Begriffskonstellation erscheint zunächst absurd: Im Rahmen einer "Entwicklungspolitik" geleistete Hilfe kann per definitionem niemals zum Ziel haben, den "status quo" zu erhalten, sie kann höchstens zu einem solchen Zweck mißbraucht werden. Sie kann sich jedoch zum Ziel setzen, eine Steigerung des Volkseinkommens und dessen gerechtere Verteilung herbeizuführen, ohne das bestehende politische und soziale System durch ein anderes zu ersetzen. Dies impliziert die Überzeugung, das System sei wandlungsfähig, und zwar in positivem Sinn. Ob ein solches Programm durchführbar oder auch nur anzustreben sei, ob es nicht auf einer fiktiven Voraussetzung beruht - das muß erst untersucht werden - und zwar für jeden einzelnen Fall.
2. Die Themenstellung gewinnt erst Sinn, wenn man erkennt, daß die Fragenden, zu deren Anwalt sich der Verfasser des einleitenden Referats machte (Prof. Dr. K. H. Pfeffer), bereits von einem bestimmten Modell ausgehen, das im folgenden "Lateinamerikamodell" genannt werden soll, da es, wie moderne amerikanische Arbeiten zeigen(1) auf Grund von Erfahrungen in Lateinamerika entwickelt wurde. In den "Arbeitsunterlagen zur Lateinamerikaforschung", die von der Sozialforschungsstelle der Universität Münster herausgegeben worden sind, findet es daher seinen deutlichen Niederschlag. Es läßt sich aber auch auf asiatische Länder anwenden.(2)
3. Beim Lateinamerikamodell wird vorausgesetzt, daß die gesamte politische und wirtschaftliche Macht in den Händen einer Oligarchie liegt. Sie hat die volle Kontrolle über die Massen, denen sie wirtschaftlichen Aufstieg und Bildungsgüter vorenthält. Diese Oligarchie hat gute Beziehungen zu den ausländischen Monopolen, sie ist auf diesem Wege an der Ausbeutung des Landes prozentual mitbeteiligt. Die einzige Gegenkraft stellen meist jugendliche Intellektuelle dar, die in der Regel selbst der Oligarchie entstammen, aber an den Leiden des Volkes Anteil nehmen. Sie verbinden idealistische Gesinnung mit zunächst unklaren, aber durch fremde Vorbilder sich konkretisierenden Zielvorstellungen.

Unter diesen Umständen kann jede auswärtige Entwicklungshilfe von der Oligarchie "manipuliert" werden; auch wenn sie die schlimmsten Nöte lindert, kommt sie letzten Endes der Stärkung des status quo zugute. Das kann von den "imperialistischen Staaten", die Entwicklungshilfe leisten, in Kauf genommen oder sogar begrüßt werden, sei es, weil man die Abwehr des Weltkommunismus oder die Erhaltung der eigenen Einflußsphäre als vordringlich betrachtet, oder aber mit einem gewissen Zynismus nur an der Bewahrung der eigenen Exportmöglichkeiten interessiert ist.

- (1) "Current Anthropology", Dec. 1968, Literaturliste auf S. 431-435
- (2) Erich Wulf alias Georg W. Alsheimer: *Vietnamesische Lehrjahre - sechs Jahre als deutscher Arzt in Vietnam 1961-1967*, Frankfurt 1968. .

Die imperialistische Idylle wird nun freilich durch eine zunächst kaum beachtete Randerscheinung gestört. Die jungen Intellektuellen, die von den Geberländern als technische Experten, als Sozialberater oder aber im Rahmen von Studien- und Austauschprogrammen ins Entwicklungsland entsendet werden, verbinden sich mit der revolutionär gesinnten einheimischen Intelligentsia und bilden eine gemeinsame Front. Sie gewinnen dabei die Möglichkeit, ihr eigenes Unbehagen durch konkretere Zielvorstellungen zu ersetzen.

Diese Kehrtwendung erinnert deutlich an die Vorgänge während und nach der russischen Revolution. Die Angehörigen der englischen, französischen und japanischen Truppenkontingente, die zum Niederschlagen der Revolution und zur Unterstützung konterrevolutionärer Generäle eingesetzt waren, kamen in vielen Fällen "bekehrt" in ihre Heimat zurück. Sie schilderten die Korruption der Gegenrevolutionäre in aller Öffentlichkeit und suchten in der eigenen Heimat eine revolutionäre Dynamik auszulösen, nicht zuletzt, um Lenin in seinem Kampf durch eine Lähmung der auswärtigen Gegner zu unterstützen.

4. Aus der Formulierung des Modells ergibt sich von selbst die Frage, ob nicht die entsendeten Jungexperten das Recht haben, für das Bündnis mit der einheimischen revolutionären Intelligentsia eine offizielle Billigung, ja eine Unterstützung durch die heimische Regierung zu fordern. Erst diese gäbe ihnen die Möglichkeit, über den engen Kreis der gleichgesinnten Partner hinaus die Massen gegen die Oligarchie zu mobilisieren. Kann nicht aus der Globalverantwortung im Sinne einer "Weltinnenpolitik"- die der gegenwärtig zuständige Bundesminister feierlich bejaht - eine Pflicht zur Intervention abgeleitet werden (Beitrag Pfeffer, Punkt 3c und 3e)? Diese Forderung ist mit aller Schärfe ausgesprochen worden, sie erscheint manchen so zentral, daß daneben alle anderen Hilfsmaßnahmen als unwirksam, ja verlogen diskreditiert werden.
5. Wenn das Modell auf die Realität paßt - und das tut es zumindest in bestimmten Fällen - dann ist auch die daran geknüpfte Forderung moralisch. Das erklärt die große Anziehungskraft auf einen Personenkreis, bei dem nicht die Erfahrung der Vorkriegs-, Kriegs und Nachkriegsjahre jeden Idealismus verbraucht hat.

Man muß sich jedoch im klaren sein, welche Einwände sich gegen den Ruf nach einer solchen kopernikanischen Wendung in der Entwicklungspolitik erheben. Manche sind allgemeiner Natur, andere beziehen sich speziell auf die Bundesrepublik Deutschland. Zunächst die allgemeinen Bedenken:

- a) Es ist keineswegs bewiesen, daß das Lateinamerikamodell auf alle Entwicklungsländer zutrifft. So wurde z.B. in "Current Anthropoloy" (Dec.1968) von dem in Jerusalem tätigen Erik Cohen auf die Gefahren hingewiesen, die eine Simplifikation in Schwarzweißtechnik mit sich bringt. Ein generelles Rezept birgt die Gefahr, daß revolutionäre

Unruhe in Länder getragen wird, in denen es noch keinerlei artikulierte Klassengegensätze gibt, wo es also nur zu einer Machtverschiebung innerhalb der Oberschicht kommen kann.

- b) Den Ansatzpunkt für die Einflußnahme stellen bei dem Lateinamerikamodell die Intellektuellen dar. Es wird bei ihnen eine Selbstverleugnung und moralische Integrität vorausgesetzt, die in früheren Revolutionsprogrammen vom Proletariat erwartet wurden. Nun wird aber gleichzeitig gefordert, diese Intellektuellen sollten in dem Kampf auf alle moralischen Maßstäbe verzichten, sie sollten so böse werden wie der Gegner, den sie vernichten wollten (Hochhuth). Offenbar wird das auch praktiziert. Wird es nach der Besitznahme der Macht eine rechtzeitige Umkehr geben? Wird es nicht - noch rascher als seinerzeit in der Sowjetunion - zur Bildung einer neuen Klasse kommen? Wir wissen zu wenig über Kuba und Nordvietnam. Selbst wenn man diese Fälle positiv wertet, bieten sie noch keine Gewähr für das Gelingen in der Zukunft.
- c) Geht es nicht ganz im Gegenteil häufig um den Aufstieg von Bevölkerungsgruppen, die noch kaum in der Intellektuellenschicht vertreten sind - z.B. der unterdrückten Indios? Wollte man sich mit diesen Gruppen über den Kopf von Oligarchie und Intelligenz hinweg verständigen, dann würde man die jungen Intellektuellen, mit denen man zunächst zusammenarbeitet, als "nützliche Idioten" betrachten, die letzten Endes an ihrem gerechten Untergang arbeiten.
- d) Ganz abgesehen von den menschlichen und moralischen Implikationen: ein solches Vorhaben wäre praktisch überaus schwierig. Es würde eine langfristige, zielbewußte und nicht an die Öffentlichkeit dringende Planung voraussetzen. Kein Staat des Westens und auch keine außerparlamentarische Kraft wäre imstande, ein solches Programm konsequent durchzuführen. Selbst die VR China wäre für eine solche Aufgabe durch die eigene Minoritätenpolitik - sobald diese in ihrem ganzen Umfang bekannt wird - disqualifiziert. Unter der Roosevelt-Administration waren Ansätze vorhanden, die amerikanischen Einflußmöglichkeiten einschließlich der Geheimdienste für eine vergleichbare Underground-Politik einzusetzen. Man hat die eigenen Verbündeten in Situationen gebracht, die zur Aufgabe kolonialer Ansprüche führten. Für die Wiederholung eines solchen Versuchs stehen die Chancen denkbar schlecht.

Außerdem muß sich heute jede Entwicklungspolitik - nach dem Ende des "offiziellen" Kolonialismus - in Form von Entwicklungs_h i l f e konkretisieren. Das setzt den vertrauensvollen Konsens der Behörden des Nehmerlandes voraus. Auch die Tätigkeit der deutschen Forschungsgruppen in Südamerika ist nur möglich gewesen, weil man die BRD als Staat für einigermaßen harmlos hielt.

Man müßte also die revolutionären Intentionen durch raffinierte Auswahl der Projekte allein realisieren, die Durchführenden aber zu strengster Neutralität verpflichten. Nach einem solchen Rezept mag heute die UdSSR agieren - in westlichen Ländern widersprüche das der gleichzeitig

und mit ähnlicher Vehemenz vorgebrachten Forderung, bei allen Entscheidungs- und Beratungsgremien volle Öffentlichkeit herzustellen. Man hatte damit auch die Vertreter der betroffenen Oligarchien als Zuschauer - und müßte binnen Kürze mit Gegenmaßnahmen rechnen.

6. Selbst wenn man sich über alle diese Bedenken hinwegsetzen könnte, blieben immer noch speziell für die BRD besondere Belastungen bestehen. Viele Völker in den Entwicklungsländern, damals noch in kolonialer Abhängigkeit, hatten dem Hitler-Regime die Erwartung entgegengebracht, es werde sich an die Spitze eines Befreiungskampfes der "Habenichtse" gegen die "Plutokratien" stellen. Hier lag die große Chance Hitlers, die er zum Glück seiner Gegner auf Grund seiner Rassenideologie verspielt hat. Die Erwartungen sind aber nicht völlig erloschen, sondern haben sich z.B. in manchen islamischen Ländern zu einem Mythos verdichtet, der zum Teil sogar von der deutschen Außenpolitik vorsichtig genutzt wurde und seinen Niederschlag z.T. in dem guten Verhältnis zu den arabischen Ländern während der Fünfzigerjahre fand.

Ein tätiger, ja führender Anteil deutscher Intellektueller an revolutionären Bewegungen in Übersee würde unvermeidlich diese Situation wieder akut werden lassen und das Mißtrauen gegen "die Deutschen" ins Ungemessene vergrößern. Dazu kommt, daß eine solche politische Mobilisierung der Dritten Welt auf jeden Fall, ob dies eine deutsche Regierung wünscht oder nicht, für die Bundesrepublik einen Gewinn an Prestige und Einflußmöglichkeiten bringen würde. Die Grundlagen des Kontrollapparates, den man gegen einen neuen politischen und militärischen Amoklauf der Deutschen errichtet hat, würden ins Wanken geraten.

Den Testfall für eine solche Entwicklung bietet die CSSR. Die dortige revolutionäre Bewegung hat unvermeidlich, trotz aller Barrieren des Mißtrauens, zu einer Annäherung an die Bundesrepublik Deutschland geführt. Spontane Besuche linksliberaler Studenten aus der BRD wurden daher von den Sowjets als Beweis einer bewußten deutschen Infiltrationspolitik aufgefaßt - die letzten Endes auf eine neue Weltherrschaft ziele. Man erinnerte sich, daß einst eine Regierung des kaiserlichen Deutschland Lenin frei Haus geliefert hat, um Rußland von der weiteren Teilnahme am Weltkrieg auszuschalten.

Sollte sich nun die BRD im Rahmen ihrer Entwicklungspolitik bewußt und offen für die Unterstützung solcher Versuche entscheiden - mit jener Schwerfälligkeit, die einem von Deutschen bedienten Apparat eigen ist - dann würde dies zweifellos von den machtpolitisch orientierten Großmächten als Anzeichen angesehen, daß sie bestrebt sei, die von Hitler versäumte Chance wahrzunehmen. Nun hat sich inzwischen - nicht zuletzt aus der gemeinsamen Abneigung, die neuen furchtbaren Waffen einzusetzen - ein Welt-Establishment gebildet, das kapitalistische und antikapitalistische Staaten umfaßt. Sie reagieren in vielen Fällen konform, nicht etwa auf Grund einer Weltverschwörung, sondern aus dem Bestreben, das Errungene, darunter auch die soziale Sicherheit für die eigenen Staatsbürger, zu wahren.

Dieses Welt-Establishment würde dort eingreifen, wo die

besten Ansatzpunkte gegeben sind, d.h. in der Bundesrepublik Deutschland selbst, die ja politischen und wirtschaftlichen Repressionen stärker ausgesetzt ist als etwa der große Block Lateinamerikas. Wir alle würden die Illusion, noch "Metropole" zu sein, an deren Schicksal sich der Weg aller Völker entscheidet, bitter bezahlen. Die Konsequenzen wären neuerliche Einschränkungen des Aktionsbereichs, die Unterstützung Ultrakonservativer durch den Westen - indirekt auch durch den Osten - und vor allem eine Beseitigung des freien Welthandels, auf dem der äußerst empfindliche, fast zufällige Wohlstand der BRD ruht. Die BRD geriete nachträglich in eine ähnliche Situation, wie sie unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg bestand.

7. Eine Politik der Revolutionsförderung kann daher nur von denen empfohlen werden, die bereits wissen, wohin sie im weiteren Verlauf des Prozesses aus der Bundesrepublik emigrieren werden, oder aber von jenen, die an eine totale Auflösung aller bisherigen Machtstrukturen glauben. Nach den Erfahrungen zweier Weltkriege und nach zwei gründlichen Revolutionen - in Rußland und China - ist eine solche Hoffnung utopisch.

Eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung der BRD wird hingegen kaum eine Chance haben, von einer Politik des behutsamen Manövrierens im Schatten der Blöcke abzugehen. Sie hat auch in diesem Punkt einen minimalen Aktionsbereich, wenn sie sich nicht zu einem politischen Harakiri entschließt. Sie ist nicht frei genug, um sich eine "reale Utopie" im Sinne der von Professor Pfeffer formulierten provokativen Fragen ohne Rücksichten auf Verbündete und Gegner überhaupt leisten zu können. (Völlig allein stehen wir diesbezüglich nicht: Japan hat als ehemaliger Aggressor in Südostasien ähnliche Rücksichten zu wahren.) Diese Situation hat die äußerst unerfreuliche Konsequenz, daß die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik keine Zielvorstellung von jener Unbedingtheit verfolgen kann, die den Idealismus der Jugend anspricht. Sie begann unter auswärtigem Druck, sie ist und bleibt ein notwendiger Kompromiß. Was sie an Selbständigkeit erreicht hat, verdankt sie dem Selbstbehauptungsdrang der mit ihrer Verwaltung betrauten Bürokratie.(1)

Diese Tatsache hat man bei Appellen an die Jugend, etwa zum Eintritt in den Deutschen Entwicklungsdienst, verständlicherweise nicht ausgesprochen. Dann muß man aber in Kauf nehmen, daß die aufgerufenen jungen Menschen früher oder später selbst auf die Widersprüche aufmerksam werden und in Opposition zu dem heimischen Establishment geraten.

Noch schlimmer ist, daß man zur Rechtfertigung des eigenen Einsatzes, zu dem man genötigt wurde, Formeln verwendet hat (wie z.B. "Verhinderung von Revolutionen"), die globale Einflußmöglichkeiten voraussetzen - sie sind ja in den Vereinigten Staaten entwickelt worden.

(1) Vgl. Jürgen Dennert: "Entwicklungshilfe geplant oder verwaltet", Freiburger Studien für Politik und Gesellschaft überseeischer Länder, Bd.2. Bielefeld 1968.

Daher ist die deutsche Entwicklungshilfe jetzt mit Vorwürfen konfrontiert, die für die weltgestaltende Supermacht U.S.A., nicht aber für die abhängige und damit nur beschränkt haftbare BRD zutreffen.

8. Weiter eine vorsichtige Politik betreiben - bei mehr Aufrichtigkeit in der Motivation - das bedeutet, daß die BRD nur dort ein verantwortliches Engagement suchen darf, wo die Grundzüge des Lateinamerikamodells nicht zutreffen. Dort, wo es primär nur um eine Hebung des Lebensstandards geht, kann auch sie tätig werden, ohne ihre Rolle in der Weltpolitik in selbstzerstörerischem Maße zu vergrößern.

Bis zu einem gewissen Grad trägt die Erklärung des Bundesministers (Dr. Eppler), er werde multilaterale Programme bevorzugen, den hier geäußerten Bedenken gegen ein das Kalkül übersteigendes Engagement der deutschen Entwicklungspolitik Rechnung. Es sollte aber bedacht werden, daß auch bei multilateralen Unternehmungen eine Verstrickung in fremde Interessen und fremde Sorgen eintreten kann.

Mißtrauen gegen Entwicklungsmaßnahmen und die dabei eingesetzten Experten - wie man es oft in Kreisen des Auswärtigen Amtes trifft, erscheint zunächst als das Ressentiment der Etablierten gegen die Newcomers. Es basiert aber auch auf Einsichten, wie sie hier einmal ohne Schonung formuliert wurden. Gerade eine stets Pressionen ausgesetzte Außenpolitik kann es sich nicht leisten, auf ihr Primat zu verzichten. Unterstützung anderer setzt eigene Sicherheit und ruhiges Selbstvertrauen voraus - und davon ist bisher keine Rede.

Dies ist in Wahrheit die "Zirkuskuppel" im Sinne von Kluges Film (s. ersten Beitrag), unter der sich eine deutsche Entwicklungspolitik in peinlicher Exaktheit zu bewegen hat.

9. Man kann natürlich in der BRD weiterhin paradigmatisch Entwicklungsforschung betreiben, die Chance für eine strategische Verwertung der gewonnenen Einsichten ist jedoch denkbar gering. Ja es fragt sich, ob die dabei entwickelte Theorie nicht geeignet ist - außerhalb des elfenbeinernen Turms - das Bewußtsein realer Möglichkeiten und Grenzen zu trüben.